

3 Warum ist es bislang nicht gelungen, diese Trends zu stoppen?

Sämtliche verfügbaren Daten und Fakten zeigen, was falsch läuft und warum die globale Gesellschaft einen Kurswechsel vollziehen muss. Vom Millennium Ecosystem Assessment aus dem Jahre 2005 über die Sachstandsberichte des Weltklimarates (IPCC) und den Weltagrarbericht (IAASTD) bis hin zu den Berichten des International Resource Panel, vom FAO-Bericht über den Stand der Ernährungsunsicherheit in der Welt bis hin zum IFAD-Statusbericht über ländliche Armut – die wissenschaftliche Forschung ist solide und umfassend. Man kann auf Auswirkungen des Klimawandels, auf Bodendegradation, Verluste an Biodiversität, Mangel an Wasserqualität, soziale Ungleichheit und schlechte Governance hinweisen – für manche Gesellschaften sind sogar die ökonomischen Kosten dieser Probleme berechnet worden, auch die Kosten politischer Untätigkeit.

Doch die Kluft zwischen Wissen und Handeln ist enorm. Obwohl das kritische Bewusstsein insgesamt in manchen Teilen der Gesellschaft gestiegen sein mag, wird der Trend nicht gestoppt. Dies ist offensichtlich nicht das Ergebnis eines Mangels an Wissen über die negativen sozialen und Umweltauswirkungen. Es ist vielmehr das Resultat von Kapitalinteressen, von tief verwurzelten nicht nachhaltigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Verhaltensweisen sowie eines Mangels an politischem Willen.

«Obwohl es mehr Wissen über globale Interdependenzen und planetarische Grenzen gibt als je zuvor, rüttelt dies die Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger sowie Einzelpersonen nicht auf. Die politischen Kreise zeigen hinsichtlich der Ressourcenpolitik einen erstaunlichen Mangel sowohl an Willen als auch an Macht, soziale und ökologische Belange zu schützen – sowohl national als auch international.»

Cathrin Klénck und Lennart Kümper-Schlake
Delegierte der Zukunftswerkstatt Deutschland

Es gibt mehrere zentrale Ursachen für das Versagen des Systems, die auf den destruktiven Weg geführt haben und dafür sorgen, dass die oben identifizierten Probleme nicht gelöst werden können. Sie müssen aber angepackt werden, um neue politische Visionen, Allianzen und Lösungen hervorzubringen. Dieses

Memorandum schlägt vor, erstens, den tief verwurzelten Glauben an liberale Märkte und Wachstum und, zweitens, die Konzentration von Macht als zwei miteinander verzahnte zentrale Ursachen der gegenwärtigen Krisen zu betrachten. Diese beiden Ursachen gewinnen ihre Form in der Struktur der heutigen ökonomischen Governance.

a) Tief verwurzelter Glaube an liberale Märkte und Wachstum

Im derzeitigen Finanzkapitalismus gibt es einen tief verwurzelten Glauben an die Wirksamkeit und die Effizienz von Märkten zur Regulierung des wirtschaftlichen Austauschs zwischen Individuen und Nationen und an das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, den dominierenden Indikator wirtschaftlicher und politischer Leistungsfähigkeit. Dieser Glaube schafft institutionelle und mentale Infrastrukturen, die neue Instrumente für die Finanzialisierung der Natur hervorbringen und die Einhegung der verbleibenden Commons vorantreiben. Daraus entsteht ein forcierter Raubbau an den letzten Ressourcen.

Menschen tauschen Waren und Dienstleistungen aus, und Märkte sind eine von mehreren Möglichkeiten, um diesen Austausch zu organisieren. Sie geben wenig Anlass zur Kritik, solange sie soziale und ökologische Normen respektieren, der Mehrheit der Teilnehmenden dienen und andere Formen des Austauschs und der sozialen Interaktion – etwa ein commons-basiertes Wirtschaftsregime – nicht unterminieren. Dieses Ideal ist von der Realität der globalen Märkte jedoch weit entfernt. Märkte, die nur nach Wachstum und Profit streben, dienen nicht den Bedürfnissen der Gesellschaft, sondern denen immer mächtigerer und oligopolistischer privater Interessen.

Ein großes Problem ist, dass die moderne kapitalistische Wirtschaft strukturell auf das Wirtschaftswachstum angewiesen ist, um ihre Stabilität zu erhalten. Wenn das Wachstum stockt, geraten Politikerinnen und Politiker in Panik. Die naheliegende Antwort scheint dann stets zu sein, Waren- und Arbeitsmärkte zu deregulieren sowie soziale und Umweltnormen zurückzuschrauben, um neue Investitionen und neues Wachstum zu stimulieren. Wer unkonventionelle Ansichten jenseits von Wachstum und Marktorientierung vertritt, wird in der Debatte leicht an den Rand gedrängt. Es gibt nur sehr begrenzte Bemühungen, eine kritische akademische Elite auszubilden, die in der Lage wäre, das Mantra des Marktes zu hinterfragen.

Es ist erstaunlich, in welchem Ausmaß der tief verwurzelte Glaube an liberale Märkte und Wirtschaftswachstum in großen Teilen der westlichen Gesellschaften und bei ihren Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern immer noch unangetastet bleibt. Dabei haben mehrere dieser Länder die schwerwiegenden Konsequenzen von Marktversagen erlebt – sowohl in ihren eigenen Gesellschaften als auch in dem zunehmenden Wohlstandsgefälle zu den Nachbarländern.

Der Glaube an Märkte geht Hand in Hand mit dem Glauben an das Wirtschaftswachstum. Wachstum des Bruttoinlandsprodukts wird als notwendige Voraussetzung für Fortschritt definiert. Gemeinsam mit der Beschäftigungsquote gilt es als

Erfolgsindikator politischer Entscheidungen. Die Formen einer Ökonomisierung der Politik, die Erfolg an dieser Definition von Fortschritt misst, unterscheiden sich von System zu System, ignorieren aber allesamt die planetarischen Grenzen, angemessene normative Werte und die Notwendigkeit globaler Lösungen und demokratischen Vorgehens. In manchen Fällen, beispielsweise in Afrika, kann dies die Form von Größenwahn annehmen, wenn auf Mega-Infrastrukturprojekte für «Entwicklung» gesetzt wird, ohne über mögliche dezentralisierte, kleinere, nachhaltige Alternativen nachzudenken.

Dies bedeutet keineswegs, dass gewisse Volkswirtschaften oder Teile von Volkswirtschaften nicht wachsen sollen. Wirtschaftswachstum wird weiterhin notwendig sein, um Menschen in vielen Ländern der Welt aus der Armut zu befreien. Es wird jedoch für einige Gesellschaften eine vollkommen andere Art von Wachstum sein müssen und für andere wiederum das Ende eines von Wachstum bestimmten Entwicklungsmodells – nämlich stets unter Berücksichtigung der natürlichen Grenzen des Planeten.

Wachstum ist nicht nur ein Konzept für nationale Volkswirtschaften, es ist auch integraler Bestandteil des Lebens der meisten Menschen. Konkurrenz verdirbt Freundschaften, Zeitdruck unterminiert das soziale und das Familienleben, Stress und Burnout sind Synonyme für die Krankheit eines Systems, das Wettbewerb und Leistung erzwingt.

Seit Mitte der 1970er Jahre zeigte die Marktwirtschaft Anzeichen dafür, dass die Grenzen der Kapitalakkumulation erreicht sind. Die Lösung war der Finanzkapitalismus, der schließlich zur Krise von 2008 führte. Auf der Suche nach neuen Formen von Kapitalanlagen nehmen Investoren die Dienstleistungen der Natur als neuen Markt wahr. Infolgedessen lässt sich ein Trend zur Finanzialisierung der Natur beobachten.

Das Streben nach direkten Regulierungsmaßnahmen, etwa harte Obergrenzen für CO₂-Emissionen und strengere Umwelt- und Sozialstandards, um den Verbrauch natürlicher Ressourcen zu senken und Arbeitskräfte zu schützen, scheinen aus der Mode gekommen zu sein, da in krisengeschüttelten Volkswirtschaften die Sorge herrscht, dass solche direkte Regulierung Investitionen und Handel beeinträchtigen würden. Und da die alten Methoden an Glaubwürdigkeit verloren haben, treiben einige Regierungen, Nichtregierungsorganisationen, Ökonominen und Ökonomen sowie internationale Institutionen wie das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) und die Weltbank jetzt einen neuen Ansatz voran, der auf der Ansicht beruht, dass die Natur «Ökosystemdienstleistungen» bereitstellt. Die Verantwortung für den Erhalt dieser Leistungen wird den Unternehmen zugeschoben.

In diesem neuen Paradigma wird Naturschutz sowohl als Notwendigkeit als auch als neues Geschäftsfeld betrachtet. Der TEEB-Bericht (The Economics of Ecosystems and Biodiversity) wirft z.B. ein Schlaglicht auf die ökonomischen Auswirkungen der Umweltdegradation. Der Hauptautor Pavan Sukhdev sagt: «Wir benutzen die Natur, weil sie wertvoll ist, aber wir verlieren sie, weil sie kostenlos zur Verfügung steht.»

«Eine der wichtigsten Hindernisse ist die zentrale Stellung, die der Markt in den letzten Jahrzehnten in unseren Gesellschaften erlangt hat. Der Markt fungiert als vorrangige Instanz des gesellschaftlichen Ausgleichs und hat unseren Mittelschichten Zugang zum Massenkonsum eröffnet, den Druck auf unsere natürlichen Ressourcen verstärkt und einen weit verbreiteten Individualismus begünstigt, was zum Verlust althergebrachter Verbundenheiten zwischen verschiedenen sozialen Gruppen geführt hat.»

Malik Fercovic, Recaredo Alberto Gálvez Carrasco, María Cecilia Reeves,
Betzabet Morero, Ana Di Pangraccio, Maiana Teixeira und Cintia Barenho
Delegierte der Zukunftswerkstatt Cono Sur

Die Gefahr dieser Sichtweise liegt darin, dass das wichtige Verursacherprinzip («polluter pays principle») seinen ursprünglichen Sinn verliert und stattdessen zu einer Privatisierung und Einhegung von Commons sowie zu einer Finanzialisierung der Natur führen könnte. Eine solche Umwandlung der Natur in handelbare Güter ermöglicht «Business as usual» («Weiter wie bisher»), indem Fehlverhalten an der einen Stelle durch Maßnahmen an einer anderen ausgeglichen wird. Doch wer entscheidet über den Wert der Natur? Bei einer solchen Monetarisierung der Natur neigen Konzerne dazu, die rechtlich erlaubte Zerstörung in vollem Umfang auszuweiten anstatt sie zu reduzieren. Indem es dieser Ansatz den Wohlhabenden erlaubt, sich von ihren Verpflichtungen «freizukaufen», unterminiert er tatsächlich nicht nur effektive Gesetzgebung, sondern das demokratische System an sich.

Die Natur hat keinen wahren Preis, sondern vielmehr einen politisch definierten Wert – und dieser erfordert eine gesellschaftliche Debatte. Gesellschaften mit schwacher Rechtsstaatlichkeit und großen wirtschaftlichen Ungleichgewichten werden wahrscheinlich im Kontext solcher Debatten zu unfairen Lösungen kommen. Beispielsweise ist es der mächtigen Agrarlobby in Brasilien gelungen, die Regierung dazu zu bringen, ein neues Waldgesetz zu verabschieden. Es setzt marktwirtschaftliche Instrumente ein, um Agrarproduzentinnen und Agrarproduzenten mehr Spielraum beim Naturschutz zu geben. Im Ergebnis können Landbesitzerinnen und Landbesitzer, die mehr Bäume als rechtlich erlaubt abgeholzt haben, jetzt – anstatt den illegal abgeholzten Wald wiederaufzuforsten – folgendermaßen ihren Verpflichtungen nachkommen: Sie erwerben Kompensationszertifikate an der Grünen Börse (Bolsa Verde) in Rio de Janeiro. Dort bieten diejenigen, die mehr als die vorgeschriebene Mindestmenge an Waldbedeckung haben, ihren «Überschuss» an geschütztem Land an.

Angesichts dieser mentalen und kulturellen Infrastruktur ist es schwierig, den Wettlauf um die letzten Ressourcen – Teersande, Schiefergas, Tiefseemineralien, marginale landwirtschaftliche Flächen, die Rohstoffe der Arktis – zu stoppen.

b) Konzentration von Macht

Große Unternehmen (private oder im öffentlichen Besitz befindliche) sind gleichzeitig in verschiedenen Wirtschaftssektoren tätig und verdienen eine enorme Menge Geld, indem sie das gegenwärtige Ausbeutungsmodell unverändert bewahren. Diese Unternehmen werden zu groß und zu mächtig, um regiert werden zu können. Tatsächlich sind sie wie manche internationale Bank «too big to fail» («zu groß, um sie scheitern zu lassen») – und deswegen meist auch zu groß für jegliche rechtsstaatliche Kontrolle («too big to jail», also «zu groß, um sie ins Gefängnis zu stecken»).

Die althergebrachte Überzeugung, dass Märkte reguliert und Monopole verhindert werden sollten, um die Bürgerrechte des und der Einzelnen zu wahren und die wirtschaftliche Macht zu kontrollieren, wurde bereits in den 1980er Jahren in den USA, aber auch andernorts, um der Effizienz willen abgeschwächt. Den Menschen wurde gesagt, dass größere Konzerne in der Lage sein würden, Konsumentinnen und Konsumenten Waren besserer Qualität zu niedrigeren Preisen (d.h. effizienter) zu liefern. Dies hat sich nicht nur als falsch herausgestellt (die Preise stiegen, das Tempo der Innovation sank, und Arbeitsplätze gingen verloren) und die Globalisierung vorangetrieben. Es markierte auch den Beginn eines neuen Verständnisses der Zielsetzung des Kartellrechts: niedrigere Preise für Konsumentinnen und Konsumenten anstatt Kontrolle über Macht. Die negativen Auswirkungen auf soziale Gerechtigkeit und Demokratie waren enorm und sind noch heute zu spüren.

Die Folgen der Konzentration wirtschaftlicher Macht für die Demokratie sind vielfältig. Ein großes Problem ist das Fehlen einer klaren Trennung zwischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern in der Politik auf der einen und der Wirtschaft auf der anderen Seite. Weit verbreitet ist die mangelnde Transparenz hinsichtlich Art und Ausmaß der Berufstätigkeit, der politische Entscheidungsträgerinnen und -träger in privaten oder staatlichen Unternehmen nachgehen. Diese Geheimhaltung schafft nicht nur Möglichkeiten für Bestechung und Korruption, sondern manchmal auch Interessenkonflikte: Dort, wo Politikerinnen und Politiker Positionen in der Industrie bekleiden, ist es oftmals schwierig, den Gründen für gewisse Entscheidungen auf die Spur zu kommen.

Dieses Problem potenziert sich, wenn große Unternehmen ganz oder teilweise in staatlichem Besitz sind (z.B. BP, Saudi Aramco, Vattenfall, Gazprom) oder wenn Regierungen und ihre Vertreterinnen und Vertreter einfach den Reichtum, der ihrer Bevölkerung gehört, für ihr eigenes Konto plündern. Einige Regierungen, die vom Abbau und Handel mit natürlichen Ressourcen stark abhängig sind, geben diese Einnahmen auch für öffentliche Infrastruktur, Sozialprogramme und Bildung aus (z.B. Argentinien, Venezuela, Bolivien, Ecuador). Damit schwächen oder unterdrücken die Regierungen soziale Unruhen und Proteste gegen die ökologischen und sozialen Konsequenzen des Abbaus.

«Obwohl die natürlichen Ressourcen in der Umgebung dieser Gemeinschaften typischerweise deren wichtigsten ökonomischen Vermögenswerte sind, haben sie häufig nur begrenzte Nutzungsrechte daran. Dort, wo sie Eigentumsrechte oder sicheren Zugang erlangt haben, bereiten ihnen zuweilen ungenügende öffentliche Investitionen oder eine unangemessene Politik Schwierigkeiten, aber auch der Wettbewerb durch Konzerne, die nicht durch Regulierungen gehindert werden. Regierungs- und andere mächtige Interessen behaupten oft, sie besäßen die ausschließliche Verfügung über diese Ressourcen und ihre Leistungen. Korruption und Missmanagement sind seit langer Zeit bestehende Probleme, und weiträumiger Flächenerwerb für landwirtschaftliche Zwecke durch ausländische Investoren werden jetzt häufiger.»

Dinma Nwanye

Delegierte der Zukunftswerkstatt Nigeria

Ein weiteres Problem ist das häufig kurzfristige Interesse von Regierungen, Entscheidungen zugunsten großer Unternehmen zu fällen und dies damit zu begründen, Arbeitsplätze und einen dazugehörigen Wohlstand schaffen zu wollen. Aspekte der globalen und der Generationengerechtigkeit einschließlich der Menschenrechte zahlen sich aus einer kurzfristig angelegten politischen Perspektive nicht aus.

Ein neuer Bereich unter vielen, in dem die destruktiven und gefährlichen Konsequenzen dieser Konzentration wirtschaftlicher Macht zu beobachten ist, ist die «Bioökonomie». Dabei geht es um die Vision, Volkswirtschaften auf nachhaltige Art und Weise zu verändern, indem fossile Energieträger durch erneuerbare Ressourcen ersetzt werden. Dies findet derzeit überwiegend im Arzneimittel- und Chemiesektor statt, aber kleinere Trends sind auch in den Sektoren Energie und Verkehr zu beobachten. Diese neue Nachfrage macht die industrielle Landwirtschaft in hohem Maße profitabel. Die Nutzung von Land und Wasser, aber auch der Einsatz von Düngemitteln und Pestiziden steigt drastisch an.

Der gefährlichste Aspekt der Bioökonomiedebatte ist, dass sie vortäuscht, dass alles wie gewohnt weitergehen kann - lediglich die grundlegenden Ressourcen müssen ersetzt werden. Global betrachtet handelt es sich um eine Handvoll sehr mächtiger Konzerne (zum Beispiel BASF, Bayer, Dow, DuPont, Syngenta, Monsanto), die die Bioökonomie-Agenda vorantreiben, etwa indem sie kleine Start-up-Unternehmen aufkaufen. Dabei versuchen sie, die Verfügungsgewalt und Kontrolle über diejenigen Ressourcen (Biomasse, Land, genetische Ressourcen) und Technologien (synthetische Biologie, Nanotechnologie, Geo-Engineering) zu erlangen, die für die industrielle Produktion in der Zukunft benötigt werden.

«Natürliche Ressourcen gehören jeder Kambodschanerin und jedem Kambodschaner, und jeder und jede von uns hat das Recht zu wissen, wieviel die Regierung einnimmt und wieviel die Regierung bezahlt. Die Regierung muss unsere Sorgen und Vorschläge kennen, um natürliche Ressourcen im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger zu bewirtschaften.»

Chan Ramy

Delegierte der Zukunftswerkstatt Südostasien und China

c) (All)Mächtige ökonomische Governance: wenn sich Markt- und Wachstumsglaube mit Konzerninteressen verbinden

Das internationale Handels- und Investitionsrecht schützt große Investoren, jedoch nicht die Rechte der Menschen oder der Umwelt. Das «andere» globale Regime, das der Menschenrechte und des internationalen Umweltrechts unter dem Mandat der Vereinten Nationen, wird als «Soft Law» behandelt. Die wirtschaftlichen und politischen Eliten haben die Strukturen der ökonomischen Governance vereinnahmt, um ein weltweites Übereinkommen zu bewahren, das auf die weitere Ausbeutung von und den Handel mit Ressourcen setzt – den «commodity consensus».

Während die Wirksamkeit der meisten «weichen» multilateralen Governance-Systeme extrem begrenzt ist, sind internationale Vereinbarungen über Handel und Investitionen in hohem Maße verbindlich. Die WTO hat das Mandat, Mitgliedstaaten zu bestrafen, wenn sie gegen ihre Regeln verstoßen. Weder das Menschenrechtsregime der UN noch die Klima-, oder Biodiversitätskonvention können ihre Regeln in dieser Form verbindlich einfordern. Hinzu kommt, dass viele Länder bilaterale Handelsabkommen abschließen, die den WTO-Regelungen weitere Verbindlichkeiten hinzufügen. Da es in der Natur von Freihandelsabkommen liegt, jegliche Handelsbarrieren zu senken, hat dies weitreichende Konsequenzen für verschiedene Politikfelder auf der nationalen Ebene. Gegenwärtig überwacht oder evaluiert kein Mechanismus die Entwicklungen, die aus den Freihandels- und Investitionsschutzabkommen hervorgehen und eine Gefährdung von Menschenrechten, Umweltgerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit in einem Land oder einer Region darstellen könnten. Außerdem gibt es sehr wenige Möglichkeiten für Individuen und Gemeinschaften, ihre Rechte an Ressourcen und Territorien, am Land ihrer Vorfahren und an ihrem Wissen um den Umgang mit genetischen Ressourcen vor Gericht zu behaupten.

«Da die Ressourcenfrage ein Mehrebenenproblem ist und verschiedene Gruppen von Menschen unterschiedlich betrifft, ist es möglich, dass dieser Ansatz die Themen, die für die Ärmsten wichtig sind, automatisch ausschließt.»

Chol Bunnag und Naw Ei Ei Min

Delegierte der Zukunftswerkstatt Südostasien und China

Die Gegebenheiten werden weiter durch den «Mechanismus zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat» kompliziert, eine Vorschrift in manchen bilateralen Handels- und Investitionsabkommen. Er billigt einem Investor das Recht zu, ein Schiedsverfahren gegen die Regierung eines Staates einzuleiten, wenn die politische Situation sich in einer Art und Weise ändert, dass sie die erwarteten Profite des Investors schmälert. Man kann sich vorstellen, dass Änderungen in der Umwelt-, Tierschutz- oder Gesundheitsgesetzgebung in den betreffenden Geltungsbereich fallen. Daher behindern solche Ansprüche die Möglichkeiten von Regierungen, Gesetze zur öffentlichen Gesundheit und zum Umweltschutz zu verabschieden, die Auswirkungen auf eine Investition haben, die rechtskräftig genehmigt worden ist. Überdies werden Schiedsverhandlungen häufig im Geheimen abgehalten, und zwar von auf Handel spezialisierten Anwältinnen und Anwälten. Sie sind nicht neutral, weil sie von den streitenden Parteien bezahlt werden und vor der Öffentlichkeit keine Rechenschaft ablegen müssen. Es handelt sich um ein Instrument, das offensichtlich den Interessen großer Konzerne dient und nicht denen von kleinen und mittleren Unternehmen oder Familienbetrieben.

Heute hoffen nur noch wenige Menschen überhaupt, dass Konventionen der Vereinten Nationen, etwa die Klimarahmenkonvention (UNFCCC), das Übereinkommen über die biologische Vielfalt (UNCBD) und das Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) dazu führen können, die Erderwärmung, den Verlust an Biodiversität und den Raubbau an landwirtschaftlich nutzbarem Boden und Wasser zu verhindern. Die Vereinten Nationen sind die Summe ihrer Mitglieder; es ist verstörend und alarmierend festzustellen, dass es heute vermutlich nicht mehr gelingen würde, alle Regierungen dazu zu bringen, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 zu unterzeichnen.

Während der Fortschritt bei globalen und multilateralen Regeln für die Verbesserung der Menschenrechte und des Umweltrechts stockt, etablieren private und öffentliche Global Player ein Governance-Regime in Form öffentlich-privater Partnerschaften, die von Klubs wie der G20 oder BRICS gefördert werden. Beide Klubs kooperieren eng mit großen Konzernen (die sich beispielsweise als B20 im Kontext der G20-Gipfelprozesse organisieren). Weitere Partner sind private Investitionsbanken oder multilaterale Entwicklungsbanken, etwa die des International Development Finance Clubs (IDFC).

«Die meisten Länder in der Region [Südliches Afrika] verfügen über Politiken und Gesetzgebungen, die die Bewirtschaftung natürlicher Ressourcen steuern, doch es ist schmerzhaft festzustellen, dass diese Politiken entweder veraltet sind und Schlupflöcher haben, die die Korruption befördern, oder stark sind und nicht befolgt werden.»

Edfas Mkandawire, Euan Hope, Tafadzwa Kuvheya und Zukiswa Kota
Delegierte der Zukunftswerkstatt Südliches Afrika

Die G20 erscheint zunächst inklusiver als die G7/8. Und es ist durchaus vorstellbar, dass die BRICS-Staaten eine entwicklungsfreundlichere Agenda verfolgen könnten als die alten Industriemächte. Doch diese Klubs vereinen einzelne Mitgliedstaaten mit sehr unterschiedlichen (geo)politischen Interessen. Sie weisen auch große Disparitäten hinsichtlich ökonomischer und politischer Macht auf. Allerdings stimmen die Mitglieder dieser plurilateralen Klubs darin überein, dass sie noch nicht bereit sind, dem gegenwärtigen Griff nach Ressourcen Grenzen zu setzen. Ganz im Gegenteil: Auf ihrer Suche nach Ressourcensicherheit unterminieren sie Menschenrechte sowie Umwelt- und Sozialstandards, die im multilateralen System der Vereinten Nationen vereinbart worden sind. Diese Erkenntnis sollte nicht überraschen, denn politische und wirtschaftliche Eliten sind sich rund um die Welt über eine Sache einig: den Abbau, die Nutzung und den Handel mit Ressourcen fortzusetzen, um Profit und Wachstum zu erzielen. Der Einflussbereich dieses «commodity consensus» ist global.